



Aktenzeichen: Pet 4-20-11-8942-000848

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 16.11.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird ein Mehrbedarf von mindestens 50 Euro für Beziehende von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch gefordert.

Zur Begründung der Petition wird ausgeführt, dass die Verpflichtung zum Tragen einer FFP2-Maske im Öffentlichen Personennahverkehr, sowie die Verpflichtung für nicht geimpfte und nicht genesene Personen, im Öffentlichen Personennahverkehr einen aktuellen Corona-Test vorweisen zu können, sozial schwache Haushalte finanziell belastet habe. Das einmalige zur Verfügung Stellen von zehn kostenlosen FFP2-Masken habe diesen Bedarf nicht decken können. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 68 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 85 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss weist zunächst darauf hin, dass erwachsene Leistungsberechtigte, die im Mai 2021 einen Anspruch auf Leistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme hatten, eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro erhalten haben. Dies galt für Leistungsberechtigte nach dem SGB II ebenso



wie für Personen aus anderen Mindestsicherungssystemen. Damit wurde für diesen Personenkreis einmalig ein zusätzlicher finanzieller Handlungsspielraum geschaffen. Zusätzliche finanzielle Belastungen ergaben sich zum damaligen Zeitpunkt vor allem aus der Notwendigkeit, Schnelltests auf eigene Kosten durchzuführen, um z. B. Risiken beim Kontakt mit älteren Verwandten verringern zu können oder aus der Versorgung mit nötigen Hygieneprodukten und Gesundheitsartikeln. Mit zunehmender Zahl der Impfungen, der Einführung kostenfreier Bürger-Tests sowie der grundsätzlichen Rückkehr zum Präsenzunterricht sind die oben genannten finanziellen Belastungen weitgehend entfallen. Allenfalls für die Versorgung mit Hygieneprodukten und Gesundheitsartikeln dürften weiterhin finanzielle Aufwendungen entstehen. Die Preise für diese Artikel, insbesondere für Schutzmasken, sind jedoch stark gesunken, sodass deren Finanzierung im Rahmen der Regelbedarfe möglich ist. Daher kommt der Petitionsausschuss zu dem Ergebnis, dass in dem von der Petition genannten Zeitraum keine weitere Einmalzahlung oder sonstige Entlastung notwendig war.

Die aktuellen Preissteigerungen infolge der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine stellen für viele Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche Belastung dar. Die Bundesregierung und der Bundestag haben daher in 2022 ein weiteres Maßnahmenpaket beschlossen, welches zu einer finanziellen Entlastung der Menschen in Deutschland führen soll. Dies gilt insbesondere für die Einmalzahlung im Juli 2022 in Höhe von 200 Euro für erwachsene Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung, eine einmalige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro für steuerpflichtige Erwerbstätige und einen einmaligen Familienzuschuss für jedes Kind in Höhe von 100 Euro ergänzend zum Kindergeld, den Wegfall der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 und für die Monate Juni, Juli, August 2022 eine Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe sowie ein Ticket für 9 Euro pro Monat im Öffentlichen Nahverkehr.

Darüber hinaus weist der Ausschuss darauf hin, dass mit der Einführung des Bürgergeldes ab dem 1. Januar 2023 die Regelsätze für die Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erhöht wurden. So erhält beispielsweise in der Regelbedarfsstufe 1 eine alleinstehende Person 53 Euro mehr, also insgesamt einen Betrag von 502 Euro.



Seit dem 1. Januar 2023 wird außerdem im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Regelbedarfe zusätzlich die Inflationsentwicklung auf der Grundlage der aktuellsten verfügbaren Daten berücksichtigt. Erreicht wird dies durch eine die Fortschreibung mit dem Mischindex ergänzende zweite Fortschreibungsstufe. Diese zweite Stufe basiert auf den in den Mischindex der nächsten Fortschreibung noch nicht eingehenden aktuellsten verfügbaren Daten zur Preisentwicklung. Durch diesen zweiten Schritt wird im Rahmen der Fortschreibung der Regelbedarfe auch die bis zur nächsten Fortschreibung zu erwartende Preisentwicklung auf Grundlage der aktuellen Inflation berücksichtigt, um dadurch unterjährige Preissteigerungen bis zur nächsten Fortschreibung der Regelbedarfe finanzieren zu können. Im Ergebnis erhöhten sich die Regelbedarfe zum 1. Januar 2023 deutlich.

Der Petitionsausschuss stellt im Ergebnis fest, dass derzeit keine Grundlage für die Zahlung eines pandemiebedingten Mehrbedarfs mehr besteht.

Der Ausschuss vermag sich daher nicht für Tätigwerden im Sinne der Petition auszusprechen.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.